

6383/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten G. Moser, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Atomtransitverbot, Aktionspaket Baustopp des AKWs Temelin und Stillegung
des AKWs Bohonice

Mehrmals beschloß der Nationalrat ein mehrteiliges Aktionspaket zur Stillegung des AKWs Bohunice (April 1998) und zur Verhinderung des Fertigbaus des AKWs Temelin (Mai und Oktober 1998).

Erst nach dem mit einer knappen Mehrheitsentscheidung gefällten Beschuß der tschechischen Regierung, das AKW Temelin trotz gegenteiliger Empfehlungen von internationalen Experten fertig zu stellen, kündigten verschiedene Regierungsstellen ein Aktionspaket gegen die Inbetriebnahme an. Im Zuge der vorrgehenden Bemühungen, die Entscheidungsträger in Tschechien von der sicherheits- und wirtschaftspolitischen Widersinnigkeit des Projekts zu überzeugen, traten wiederholt österreichinterne Koordinationsmängel auf. Darüberhinaus fordern die Länder Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich und Wien einen offensiveren Anti - Temelin - und Anti - Bohunice - Kurs der Bundesregierung.

In Sachen Atomtransit zeigte erst das jüngste Tunnelunglück, das dringend Maßnahmen zur Reduktion des Transport - Gefährdungspotentials in Österreich gesetzt werden müssen. Dazu gehört auch ein generelles Atomtransit - Verbot. Im Sommer 1997, als Medien und Grüne darauf aufmerksam machten, daß es immer wieder auch zu Transporten hochradioaktiven Materials durch Österreich kommt, wurde ein derartiges Verbot in Aussicht gestellt, aber trotz mehrmaliger Urgenz der Grünen im Nationalrat bislang nicht im Rahmen des ebenfalls ausständigen Atom - Verfassungsgesetzes umgesetzt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Warum wird erst nach der Entscheidung der tschechischen Regierung an die Erstellung eines Aktionspakets gegangen, und welche konkreten Maßnahmen für einen Atomausstieg wird das Paket jetzt enthalten?

2. Warum wurden die wiederholten Forderungen der österreichische Landtage, Landesregierungen und Landeshauptleute - beispielsweise ein Gipfelgespräch Klima - Zeman vor der Regierungssentscheidung in Prag - bei der Vorgangsweise der Regierung nicht berücksichtigt?
3. Wie werden Sie die jüngste Resolution der Landtagsabgeordneten aus Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich und Wien bzw. die Forderung der Landeshauptleute Pühringer und Pröll vom 27. Mai innerhalb der Bundesregierung sowie auf EU - Ebene umsetzen, in denen formuliert ist, einen Temelin - Baustopp als unabdingbare EU - Beitrittsvoraussetzung zu fixieren?
4. Haben die beiden Landeshauptleute in dieser Sache bereits persönlich vorgesprochen und mit Ihnen eine gemeinsame Vorgangsweise innerhalb der Bundesregierung und auf EU - Ebene geklärt?
5. Wann und in welcher Form wurde bzw. wird in den Vorverhandlungen (aquis - screening) zum Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union die Erstellung eines Atom - Ausstiegskonzept bzw. ein Temelin - Baustopp thematisiert?
6. Wann wurden auf EU - Ebene Gespräche über finanzielle Umstiegshilfen für den Atomausstieg geführt?
7. In welcher Form wurde die Fertigstellung des AKWs Temelin auf dem Kölner Gipfel angesprochen?
8. Wann und in welcher Form wurde gegenüber dem deutschen Bundeskanzler auf die Risiken der Inbetriebnahme des AKWs Temelin hingewiesen und eine gemeinsame Vorgangsweise beraten?
9. Wodurch soll in Zukunft eine bessere Koordination der österreichischen Anti - Temelin - Aktivitäten gewährleistet sein?